

Vollständige Antworten von umweltpolitischen Sprecher*innen der Bürgerschaft auf Fragen der BI „Keine Elbtrasse!“

Zur Veranstaltung der BI am 1. November 2019 in der VHS West

A: Unterstützen Sie die Prüfung einer alternativen Ersatzlösung ohne Elbtrasse?

Gamm (CDU)	Nein. Sowohl industrielle Abwärme als auch die erforderlichen Flächen liegen im Süden Hamburgs. Welches Konzept im Süden jedoch realisiert wird, ist aber eine andere Fragestellung.
	Sowohl industrielle Abwärme als auch die erforderlichen Flächen liegen im Süden Hamburgs. Welches Konzept im Süden jedoch realisiert wird, ist aber eine andere Fragestellung.
Kruse (FDP)	Nein. Es liegt ein fertiger Planantrag für den Anschluss Moorburgs vor. Da das Kraftwerk noch erwartbar bis 2035 laufen wird, sollte bis dahin auch die Abwärme genutzt werden.
Dr. Schaal (SPD)	Nein. Die Entscheidung über den Ersatz des Kraftwerks Wedel ist gefallen, von Senat und Bürgerschaft beschlossen und der EU-Kommission notifiziert. Die Elbtrasse ist konstitutiver Bestandteil des Konzepts, weil es ohne Anschluss an das vorhandene Fernwärmenetz nördlich der Elbe keinen Sinn macht und befindet sich bereits in der Umsetzung.
	Eine erneute Prüfung würde den Ersatz des Kohlekraftwerkes Wedel um weitere Jahre verzögern, das Klima und die CO ₂ -Bilanz der Stadt belasten. Im Übrigen hatte es bereits in der 20. Wahlperiode im Zuge eines Gutachterverfahrens (BET-Prozess), eine intensive Beschäftigung mit dem Standort Stellingen gegeben. Schon damals war er nach ausführlicher Erörterung verworfen worden.
Sparr (Grüne)	Es wurden mehrere verschiedene Konzepte auf der Nordseite der Elbe geprüft. Diese erwiesen sich je nach Konzept als nicht umsetzbar bzw. mit hohem Genehmigungsrisiko behaftet und sind stärker auf fossile Brennstoffe angewiesen.
	An dieser Problemlage hat sich seither nichts geändert. Sowohl im Klimaschutz als auch beim Ersatz für das Heizkraftwerk Wedel drängt die Zeit – daher müssen wir nun den Energiepark Hafen schnellstmöglich umsetzen.
Sudmann (LINKE)	Ja, unbedingt. Die ergebnisoffene Prüfung einer Alternative ohne Elbtrasse ist bei den hohen Kosten des „Energieparks Hafen“ und dessen geringem Anteil an Erneuerbarer Wärme unerlässlich.
	Der Energienetzbeirat hat schon vor längerer Zeit der Umweltbehörde eine solche ergebnisoffene Prüfung empfohlen. Bisher ohne Erfolg. Als Ersatz für das alte, dreckige und störanfällige Heizkraftwerk in Wedel, das den Hamburger Westen mit Fernwärme versorgt, sollten Anlagen im Stellingener Moor auf den Flächen der Stadtreinigung und von Hamburg Wasser gebaut werden. Der Ersatz Wedels soll so schnell wie möglich erfolgen. Dabei sind Anlagen zu bevorzugen, die ohne fossile Energieträger auskommen. Die Stadt sollte zugleich sicherstellen, dass die Fernwärmepreise nicht über die normale Preissteigerung hinaus steigen.

B: Sollte nach dem Vollzug des Rückkaufs des großen Hamburger Fernwärmesystems am 2. September 2019 die Art des Ersatzes des Heizkraftwerks Wedel durch Senat und Bürgerschaft noch einmal überdacht werden?

Gamm (CDU)	Ja , jedoch haben dieser Senat und insbesondere Senator Kerstan bereits jetzt sehr viel wertvolle Zeit verspielt.
	Der Neubau eines 400 MW Gasheizkraftwerkes nur wenige Kilometer vom Kraftwerk Moorburg entfernt, ist ökonomisch und ökologisch nicht sinnvoll. Angesichts des von Rot-Grün zu verantworten Zeitverzuges sollte darüber nachgedacht werden, ob die Entscheidung nicht dem nächsten Senat überlassen werden sollte. Zumal der jetzige Senat nichts mehr mit der Realisierung zu tun haben wird.
Kruse (FDP)	Ja , wobei das nicht am Netzurückkauf hängt. Das Netz hätte sogar einen höheren Wert, wenn Moorburg angeschlossen werden würde und Wedel schnell vom Netz könnte.
Dr. Schaal (SPD)	Aus bereits dargestellten Gründen kann die Antwort nur lauten: Nein . Zudem hat sich die Hamburgische Bürgerschaft mit dem KohleausstiegsG verpflichtet, die Kohlefeuerung in Wedel 2025 und in Tiefstack 2030 zu beenden.
	Mit dem aktuellen Ersatzkonzept werden die Klimaschutzziele des Hamburger Senats und das Ziel einer erfolgreichen und preisstabilen Energiewende umgesetzt. Im Übrigen siehe Antwort zu den Fragen A und C.
Sparr (Grüne)	Da sich an den o.g. Voraussetzungen nichts geändert hat, sollte im Sinne des Klimaschutzes und der Wirtschaftlichkeit die gefundene Lösung schnellstmöglich umgesetzt werden.
Sudmann (LINKE)	Ja . Vattenfall wollte unbedingt eine Elbtrasse, um sein Kohlekraftwerk Moorburg an das städtische Fernwärmenetz anzuschließen. Nach dem Rückkauf kann Hamburg endlich im Interesse seiner BürgerInnen entscheiden.
	Der Ersatz Wedels soll so schnell wie möglich erfolgen und der vereinbarte Kohleausstieg aus der Wärmeerzeugung nicht gefährdet werden.

C: Sind Sie für den Bau der beantragten Elbtrasse?

Gamm (CDU)	Grundsätzlich ja! Ob es sich bei dem geplanten Verlauf der Trasse, aber um die beste Variante handelt, steht noch nicht abschließend fest! Des Weiteren ist noch nicht klar, ob alle Optionen für eine möglichst belastungsfreie Bauweise ausgeschöpft wurden.
Kruse (FDP)	Nein . Eine alternative Route mit Anschluss Moorburgs wäre ökologisch und ökonomisch vorteilhaft. Das Kraftwerk Wedel könnte dadurch so schnell wie möglich vom Netz.
Dr. Schaal (SPD)	Ja! Nur mit der Elbtrasse ist es möglich, die im Süden der Elbe bereits vorhandenen Wärmequellen – wie Abwärme aus Abwasser, Abfallverbrennung und Industrie - in die Fernwärme einzubinden.
	In der sog. Rückkaufsdrucksache 21/14636 wurden erste Eckpunkte für den Ersatz des HKW Wedel aufgenommen. Senat und Bürgerschaft haben dem Rückkauf samt dem zugehörigen Ersatzkonzept für das HKW Wedel auf der Basis der o.g. Drs. zugestimmt. Darüber wurde der Rückkauf auf der Basis des in der Drucksache beschriebenen Konzeptes erfolgreich einer EU-Beihilfeprüfung unterzogen. Das möchte ich nicht wieder aufmachen. Die sog. Südvariante bietet zukünftig die Möglichkeit, weitere klimaneutrale Wärmequellen einzubinden. Die CO2 Minderung durch dieses Konzept zum Ersatz des Kohlkraftwerke Wedel macht 360.000 t aus .

Sparr (Grüne)	Die Elbleitung erschließt erneuerbare Energien und andere klimaneutrale Wärmequellen südlich der Elbe, die bereits nach aktuellem Planungsstand einen Beitrag von 55 % Prozent zur Fernwärmeversorgung ausmachen.
	In Zukunft können diese Potenziale noch wachsen, z.B. durch die Einbindung weiterer Abwärmequellen. Erste Gespräche hierzu laufen bereits. Diese Potenziale stehen im Norden nicht zur Verfügung. Daher haben Senat und Bürgerschaft sich für den „Energiepark Hafen“ entschieden.
Sudmann (LINKE)	Nein. Die Partei DIE LINKE lehnt den Bau der Elbtrasse ab.
	Die als Ersatz für das alte Heizkraftwerk in Wedel südlich der Elbe geplanten Anlagen bieten keine ökologischen Vorteile, sind aber sehr teuer. Die Kosten dafür und für die Trasse müssten letztlich die Menschen bezahlen, die mit Fernwärme heizen oder die durch die Bürgermeistergarantie in die Pflicht zu nehmenden Steuerzahlerinnen. Außerdem könnte eine Elbtrasse nach der Bürgerschaftswahl mit anderen Mehrheiten im Parlament zu einer Moorburgtrasse verlängert werden, durch die das Steinkohlekraftwerk Moorburg seine Wärme verkaufen könnte. Das widerspräche dem Kompromiss des Senates mit der VI Tschüss Kohle.

D: Wie bewerten Sie die Befürchtungen der Anwohnerinnen und Anwohner vor einem langjährigen Verkehrschaos wegen vieler großer Baustellen in und neben den an die geplante Elbtrasse angrenzenden Stadtteilen?

Gamm (CDU)	Die Befürchtungen sind gerechtfertigt. Die Bürgerschaft wurde bislang vom Senat nicht über die Trassenführung, daraus resultierende Belastungen für die Anwohner sowie die geprüften Alternativen informiert.
	Ob es sich bei dem geplanten Verlauf der Trasse, aber um die beste Variante handelt, steht noch nicht abschließend fest! Des Weiteren ist noch nicht klar, ob alle Optionen für eine möglichst belastungsfreie Bauweise ausgeschöpft wurden.
Kruse (FDP)	Diese Befürchtungen sind begründet. Bei einem anderen Trassenverlauf, wie von uns gewünscht, gäbe es diese Probleme an der Stelle nicht.
Dr. Schaal (SPD)	Es ist verständlich, dass Anwohnerinnen und Anwohner die Bauarbeiten als Belastung empfinden. Ein „langjähriges Verkehrschaos“ erwarte ich nicht. Der Trassenbau wird abschnittsweise umgesetzt, so dass die Baustelle wandert und die Belastung jeder Belegenheit so verringert wird.
Sparr (Grüne)	Die Sorge der Anwohnerinnen und Anwohner nehmen wir ernst. Eine Abstimmung mit weiteren Baustellen wird frühzeitig erfolgen, um die Einschränkungen möglichst zu minimieren.
	Es wird beim Bau abschnittsweise vorgegangen, um die Beeinträchtigungen so gering wie möglich zu halten. Für Gespräche über den Verlauf der Baustelle und Vorschläge zur Minimierung der Einschränkungen sind wir offen. Alternative Verläufe der Leitung wurden ausführlich geprüft. Wir haben uns für die aktuellen Verlauf entschieden, weil dieser vollständig über städtischen Grund führt und somit kein Eingriff in Privateigentum nötig ist und die Eingriffe in die Natur verhältnismäßig gering sind.
Sudmann (LINKE)	Diese Befürchtungen sind angesichts der Konzentration an großen Baustellen in den nächsten Jahren berechtigt.

E: Welche Hindernisse bei Kosten oder Flächenverfügbarkeit sehen Sie, derentwegen eine Ersatzlösung im Stelling Moor neben dem ZRE nicht realisierbar wäre?

Gamm (CDU)	Irrelevant
Kruse (FDP)	Es braucht keine Ersatzlösung. Wir haben ein Kraftwerk, das noch lange laufen wird und dessen Abwärme im Moment in Luft und Elbe gepumpt wird. Das ist grotesk.
Dr. Schaal (SPD)	Schon 2011/2012 wurde dieser Standort für ein GuD als Alternative zu Wedel diskutiert. Er wurde verworfen wegen fehlender Infrastruktur wie Strom-, Gas- und Fernwärmeleitungen, vermuteten Altlasten und daraus jeweils folgenden höheren Erschließungskosten.
	Die Hamburger Stadtentwässerung nutzt das Grundstück und will es als Reservefläche behalten; Stromnetz Hamburg möchte die Fläche ebenfalls mitnutzen, da sie eine andere Betriebsstätte zugunsten von Wohnungsbau aufgeben soll; während der Bauzeit des ZRE (bis 2023/2024) braucht die SRH diese Fläche als Ausweichfläche; im Übrigen werden auf der Fläche Altlasten vermutet, deren Beseitigung die Kosten steigern würde. Zudem wurden wg. der nahen Wohnsiedlungen Genehmigungsrisiken identifiziert.
Sparr (Grüne)	Auf der Nordseite müsste eine doppelt so hohe Kraftwerksleistung realisiert werden, da die auf der Südseite verfügbaren Quellen hier nicht zur Verfügung stehen.
	Dieses doppelt so große Kraftwerk würde in der Nähe von Wohngebieten gebaut werden, die bereits durch das vorhandene Industriegebiet und die Autobahn belastet sind. Anstelle von vorübergehenden Baustellen in einem Teil der Stadt müsste man also Menschen in einem anderen Teil der Stadt über Jahrzehnte höhere Emissionen zumuten. Der Standort am Stelling Moor wird zudem noch bis 2023 für den Bau des ZRE benötigt. Das würde den Bau eines Kraftwerkes deutlich verzögern und somit einen noch längeren Betrieb des Kraftwerks Wedel nötig machen. Die Kosten lägen sogar noch über denen für den Energiepark Hafen. Das ist zum einen der größeren Kraftwerksleistung geschuldet, aber auch der Tatsache, dass am Standort Stellingen noch eine 25 km lange Gasleitung gebaut werden müsste (die natürlich an anderen Stellen Hamburgs für ähnliche Probleme sorgen würde wie der Bau der Wärmeleitung).
Sudmann (LINKE)	Wir sehen derzeit im Stelling Moor keine Hindernisse.
	Auf dem Gelände des früheren Klärwerks sind ausreichende Flächen verfügbar. Durch die Einsparung von rund 200 Mio. € an Trassenkosten dürfte diese Ersatzlösung kostengünstiger und vorteilhafter für das Klima sein. Auch hier ist es aber eine Einschätzung von uns, da die Nordvariante eben nie ernsthaft durch die Stadt geprüft worden ist.

F: Ist durch die BUE und im Projekt „Erneuerbare Wärme Hamburg“ eine Nordvariante im Stelling Moor ausreichend und ergebnisoffen geprüft worden?

Gamm (CDU)	Eher Ja als nein. Für die Prüfung von zahlreichen verschiedenen Optionen wurde mehr als eine halbe Million Euro ausgegeben. Am Ende haben die Grünen eine politische Entscheidung getroffen.
Kruse (FDP)	Das sollte man den rot-grünen Senat fragen. Er hat die Planung mehrerer Varianten verschleppt.
Dr. Schaal (SPD)	Beide Varianten wurden insbesondere im Energienetzbeirat schon seit 2016 und in anderen Zusammenhängen (u.a. -> s.o.) intensiv diskutiert und geprüft. Auch in der zuständigen Behörde ist die Standortfrage sorgfältig geprüft und abgewogen worden.

	Wegen der vorhandenen Wärmequellen südlich der Elbe wurde dieser Standort gewählt. Außerdem sind bereits weitere Wärmepotentiale identifiziert, die später einbezogen werden können. All das ist an anderen Standorten nördlich der Elbe nicht vorhanden. Neben den Klimavorteilen ergeben sich aus der sog. Südvariante auch Kostenvorteile! Die im Süden aus vorhandenen Quellen bezogene Abwärme müsste im Falle der Nordvariante durch zusätzliche Erzeugungskapazitäten bereitgestellt werden, was zu einer Erhöhung der Investitionskosten führen würde.
Sparr (Grüne)	Es wurden mehrere Varianten sowohl im Norden als auch im Süden ausführlich und ergebnisoffen geprüft und bewertet. Die Standortfrage wurde in vier ausführlichen Gutachten untersucht (arrheinius, BET1, HIC, BET2).
	Die Zielvorgabe war eine möglichst klimafreundliche und wirtschaftliche Variante. Diese fand sich aus den unter C genannten Gründen im Süden der Elbe.
Sudmann (LINKE)	Nein. Das ergibt sich allein schon aus den Protokollen des Energienetzbeirats. Die Behauptung der BUE, eine Nordvariante im Stellinger Moor sei ausreichend und ergebnisoffen geprüft worden, ist nicht glaubhaft.

G: Sollte eine echte Bürgerbeteiligung den vom Trassenbau Betroffenen eine Mitsprache-Möglichkeit bei der Auswahl aus mehreren Ersatzlösungen einräumen?

Gamm (CDU)	Nein (Wobei die Frage wohl impliziert, dass verschiedene Nord- und Süd-Lösungen zur Auswahl stehen sollen).
	Das Thema „Ersatzlösungen für Wedel“ ist sowohl technisch, ökologisch als auch ökonomisch so komplex, dass es sich für eine Bürgerbeteiligung im klassischen Sinne nicht eignet. Dennoch sollte von Seiten des Senats umfassend informiert und erklärt werden.
Kruse (FDP)	Allen Hamburger Bürgern sollte eine solche Möglichkeit gegeben werden. Am 23. Februar 2020 wird über die Sinnhaftigkeit des rot-grünen Fernwärmeprojekts abgestimmt.
Dr. Schaal (SPD)	Beteiligungs- und Infomöglichkeiten gab es im Energienetzbeirat und der parlamentarischen Beratung in öffentlicher Sitzung von mehreren Ausschüssen. Weitere Bürgerbeteiligung erfolgt im Zuge des Planfeststellungsverfahrens.
	Hohe Priorität hat der Ersatz des Kohlekraftwerks Wedel, der sich nicht weiter verzögern soll. Weitere Bürgerbeteiligung erfolgt dann im Zuge des Planfeststellungsverfahrens. Rückkauf und Umbau der Fernwärme sind im Übrigen die Konsequenz aus dem Volksentscheid „Unser Hamburg – Unser Netz“.
Sparr (Grüne)	Die Entscheidung über die Varianten war im Wesentlichen fachlich bedingt, aber jederzeit öffentlich zugänglich. Bereits im Rahmen des ersten Gutachtens (BET1) wurden Bürgermeinungen eingeholt und berücksichtigt.
	Die Entscheidung beruht auf umfangreichen fachlichen und rechtlichen Bewertungen und wurde von den dafür gewählten Institutionen (Senat und Bürgerschaft) getroffen. Sie ist zudem die Grundlage der Genehmigung der EU-Kommission für den Rückkauf des Fernwärmenetzes und somit der Umsetzung des Volksentscheides ist. Darüber hinaus trägt sie den Forderungen nach mehr und schneller Klimaschutz Rechnung – allein hier in Hamburg haben 70.000 Menschen dafür demonstriert. Wenn eine „echte Bürgerbeteiligung“ im Sinne dieser Frage bedeutet, die o.g. Entscheidung wieder umzuwerfen, um Baustellen aus einem Teil der Stadt in einen anderen zu verlagern, halten wir dies nicht für zielführend. Bei der konkreten zeitlichen Gestaltung der Baustellen wird der Senat selbstverständlich das Gespräch suchen.
Sudmann (LINKE)	Auch. Eine Mitsprache kann aber nur dann Sinn machen, wenn allen Hamburger*innen eine Mitsprache eingeräumt wird.

	Nur ein solches Verfahren stellt sicher, dass nach einer Mitsprache und ggf. neuen Lösungen nicht weitere (Nicht-)Beteiligte bzw. (Neu-)Betroffene dann erneut eine ‚eigene‘ weitere Beteiligungsrunde (zu recht) einfordern können.
--	--

H: Vertreten Sie wie die Umweltbehörde BUE die Auffassung, dass bei Müllverbrennung gewonnene Wärme nahezu klimaneutral ist?

Gamm (CDU)	Die BUE verwendet hierfür eine zulässige Definition. Dennoch kann man über die Frage natürlich diskutieren, welche Bilanzierungsform die ehrlichste ist.
Kruse (FDP)	Nein. Und es ärgert mich, dass die rot grüne Mehrheit unseren Antrag in der Bürgerschaft abgelehnt hat, eine echte Klimabilanz für die unterschiedlichen Varianten zu rechnen.
Dr. Schaal (SPD)	Die Nutzung der Abwärme aus der Müllverbrennung ist effizient, klimaneutral und kostengünstig. Es ist Ziel der Politik, bislang ungenutzte Abwärme in die Fernwärme einzubinden. Es ist gewährleistet, dass in der Gesamtbilanz diese CO ₂ -Mengen erfasst werden.
Sparr (Grüne)	Durch die Nutzung der Abwärme fallen keine zusätzlichen CO ₂ -Emissionen an, sodass die Wärme in diesem Sinne als klimaneutral zu betrachten ist.
	Auch Prof. Rabenstein erklärt in seiner Stellungnahme vom Januar 2019, dass der „CO ₂ -Fußabdruck“ (carbon footprint) ein übliches Verfahren sei, um Handlungsoptionen eines Unternehmens zu vergleichen. Genau das ist hier die Aufgabenstellung. Selbstverständlich werden die CO ₂ -Emissionen weiterhin in der Gesamtbilanz der Stadt berücksichtigt, die selbstverständlich als Verursacherbilanz geführt wird. Somit bleibt es auch Ziel der Stadt, diese durch Reduktion des Abfalles zu reduzieren. Auch die Verursacherbilanz fällt besser aus, wenn weniger zusätzliches Gas verbrannt wird – also in der Südvariante.
Sudmann (LINKE)	Nein. Die Anrechnung eines Teils der so gewonnenen Wärme ist nur ein nicht nachvollziehbarer Statistiktrick, aber eben auch durchaus anerkannt in der Wirtschaft. Das Klima ignoriert solche Tricks.

I: Nach Berechnungen der AG des ENB kostet die Einsparung einer Tonne CO₂ für die erneuerbare Wärme südlich der Elbe 150 € gegenüber nur 20 € bei der von der AG vorgeschlagenen und bewerteten Nordvariante. Sollte dennoch die Südvariante realisiert werden?

Gamm (CDU)	Die Berechnung der AG ist nicht seriös und kann daher nicht als Entscheidungshilfe herangezogen werden.
	Sämtliche Aussagen / Angaben zu Investitionskosten und CO ₂ -Einspareffekten der Arbeitsgruppe (AG) des Energienetzbeirates sind unter erheblichen Vorbehalten zu betrachten. Die AG ist keinesfalls repräsentativ und spiegelt fast ausschließlich die Meinung des Hamburger Energietisches (HET), des BUND und die persönliche Meinung von Herrn Rabenstein (Die LINKE) wider. Herr Rabenstein hat darüber hinaus meines Wissens weder praktische Erfahrungen mit der Planung solcher Anlagen vorzuweisen, noch hat er sich in seiner Zeit an der Hochschule damit befasst. Zahlreiche Fachleute haben mir gegenüber erklärt, dass die Berechnung von Herrn Rabenstein teilweise nichts mit der Realität zu tun haben.

Kruse (FDP)	Diese Berechnung liegt mir nicht vor.
Dr. Schaal (SPD)	Eine Umsetzung der Südvariante ist aus den oben dargelegten Gründen unrealistisch.
Sparr (Grüne)	Wie bereits oben erwähnt wurden diese Zahlen nie vom Energienetzbeirat als Ganzes bestätigt, sondern beruhen auf Annahmen einer Gruppe von Personen, die schon zu Beginn der Prüfung gegen eine Elbleitung war.
Sudmann (LINKE)	Nein. Die Kritik an den Zahlen der ENB-AG läuft ins Leere, solange die BUE keine Alternativen zu ihrem Vorschlag berechnet hat.
	Eine Fernwärmeleitung unter der Elbe lehnt DIE LINKE ab. Die als Ersatz für das alte Heizkraftwerk in Wedel südlich der Elbe geplanten Anlagen bieten keine ökologischen Vorteile, sind aber sehr teuer. Die Kosten dafür und für die Trasse müssten letztlich die Menschen bezahlen, die mit Fernwärme heizen oder die Steuerzahlerinnen. Außerdem könnte eine Elbtrasse nach der Bürgerschaftswahl zu einer Moorburgtrasse verlängert werden, durch die das Steinkohlekraftwerk Moorburg seine Wärme verkauft.

J: Halten Sie eine Investition von insgesamt rund 200 Mio. in Trassen des Energieparks Hafen für angemessen, wenn von der Elbtrasse nur 14 % bis 18 % Erneuerbare Wärme als Anteil an der Wedel Ersatz Wärme erschlossen wird?

Gamm (CDU)	Die Investitionskosten werden nach meiner Einschätzung am Ende höher als 750 Mio. € ausfallen.
	Siehe längere Antwort zu Frage I.
Kruse (FDP)	Nein. Dieses Projekt ist in hohem Maße unrentabel. Ob es technisch funktioniert, bezweifeln sogar Mitarbeiter der Umweltbehörde bisher aber nur hinter vorgehaltener Hand.
Dr. Schaal (SPD)	Die Zahlen der AG können nicht bestätigt werden. Der Anteil klimaneutraler Wärme im Ersatzkonzept für Wedel beträgt etwa 55 %. Entsprechende Potenzialflächen und entsprechende klimafreundliche Wärmequellen stehen in der genannten Größenordnung im Norden nicht zur Verfügung.
Sparr (Grüne)	Der Anteil klimaneutraler Wärme im Energiepark Hafen beträgt 55 %. Die in der Fragestellung genannten Zahlen sind die Ansicht einer aus wenigen Personen bestehenden AG des Energienetzbeirates.
	Die Auffassung dieser AG wurde vom Energienetzbeirat als Ganzes nie bestätigt. Daher ist die Formulierung der Frage irreführend. Die Investitionskosten sind für ein Projekt dieser Größenordnung, das die Basis legt für einen weiter wachsenden Anteil erneuerbarer und klimaneutraler Wärme, angemessen.
Sudmann (LINKE)	Nein. Wenn nur wenig Erneuerbare Wärme südlich der Elbe erschlossen wird, sind diese Kosten nicht angemessen. Wirtschaftliche Wärmequellen südlich der Elbe können dort sinnvoll für die Wärmewende eingesetzt werden.

K: Halten Sie Investitionskosten von 750 Mio. für die Ersatzlösung ohne ZRE für angemessen, wenn nach Berechnungen der AG des ENB von der Elbtrasse nur 14 bis 18 % Erneuerbare Wärme als Anteil an der Wedel Ersatz Wärme erschlossen wird?

Gamm (CDU)	Die Investitionskosten werden nach meiner Einschätzung am Ende höher als 750 Mio. € ausfallen.
	Siehe längere Antwort zu Frage I.

Kruse (FDP)	Nein. Dieses Projekt ist in hohem Maße unrentabel. Ob es technisch funktioniert, bezweifeln sogar Mitarbeiter der Umweltbehörde bisher aber nur hinter vorgehaltener Hand.
Dr. Schaal (SPD)	Die Zahlen der AG können nicht bestätigt werden. Der Anteil klimaneutraler Wärme im Ersatzkonzept für Wedel beträgt etwa 55 %.
Sparr (Grüne)	Der Anteil klimaneutraler Wärme im Energiepark Hafen beträgt 55 %. Die in der Fragestellung genannten Zahlen sind die Ansicht einer aus wenigen Personen bestehenden AG des Energienetzbeirates.
	Die Auffassung dieser AG wurde vom Energienetzbeirat als Ganzes nie bestätigt. Daher ist die Formulierung der Frage irreführend. Die Investitionskosten sind für ein Projekt dieser Größenordnung, das die Basis legt für einen weiter wachsenden Anteil erneuerbarer und klimaneutraler Wärme, angemessen.
Sudmann (LINKE)	Das erscheint sehr viel. Wir haben ernste Zweifel, dass die Kosten angemessen sind.
	Das Unternehmen Wärme Hamburg sollte sozial gerechte Preise mit einem Höchstmaß an erneuerbarer Wärme verbinden. So wenig erneuerbare Wärme für so hohe Investitionskosten scheint beim gegenwärtigen Wissensstand nicht angemessen.

L: Ist es für Sie vertretbar, wenn durch Kreditaufnahme der betroffenen städtischen Unternehmen beim Projekt „Energiepark Hafen“ die Landes Haushaltsordnung umgangen wird?

Gamm (CDU)	Das ist sehr kritisch zu bewerten, jedoch wird bereits heute die LHO indirekt durch zahlreichen Schattenhaushalte umgangen.
	Bereits der Rückkauf des Fernwärmesystems von Vattenfall ist als Verstoß gegen die LHO zu werten. Dies wurde jedoch mithilfe eines zweifelhaften Gutachtens umgangen.
Kruse (FDP)	Nein. Der Rückkauf des Energienetzes mit einem Wertgutachten, das ganz gezielt die LHO umgeht, war Verschwendung von Steuerzahlergeld, die der rot grüne Senat betrieben hat.
Dr. Schaal (SPD)	Die öffentlichen Unternehmen der FHH in der Rechtsform von Kapitalgesellschaften oder Anstalten öffentlichen Rechts dürfen Investitionen grundsätzlich auch über Kredite finanzieren. Darum wird die Landeshaushaltsordnung nicht umgangen.
	Im Fall des Ersatzkonzeptes für Wedel (wg. der vor allem im Süden der Stadt befindlichen Wärmequellen auch „Energiepark Hafen“ genannt) werden die öffentlichen Unternehmen „Wärme Hamburg GmbH“ und „Hamburger Stadtentwässerung A.ö.R.“ eigene Investitionen vornehmen. Inwieweit diese über Kreditaufnahmen und Bürgschaften finanziert werden müssen, ist zum jetzigen Zeitpunkt offen. Grundsätzlich gilt sowohl für die FHH als auch ihre öffentlichen Unternehmen die Vorgabe, dass Investitionen wirtschaftliche sein und dann über entsprechende Erträge refinanziert werden müssen.
Sparr (Grüne)	Klimaschutz und Energiewende werden intensive Umbauten unserer technischen Infrastruktur erfordern. Für diese Investitionen in unsere Zukunft ist die Aufnahme von Krediten sowohl nötig als auch sinnvoll. Dem steht auch die Landeshaushaltsordnung nicht entgegen.
Sudmann (LINKE)	Nein, in diesem Fall halten wir die Auslagerung des finanziellen Risikos in Nebenhaushalte für viel zu risikoreich.
	Die Landeshaushaltsordnung mit der Vorschrift einer Alternativen-Prüfung muss beachtet werden. Im Ernstfall muss die Stadt für sehr hohe Verluste des Wärmeunternehmens eintreten oder die Wärmepreise steigen drastisch.